

Anno ... 1. Woche

1894, 4. Januar: Zwischen Russland und Frankreich tritt der Zweiverband in Kraft. Mit diesem Defensivbündnis beendet Frankreich seine fast zwei Jahrzehnte währende Isolation, während das Deutsche Kaiserreich in die bereits von Otto von Bismarck gefürchtete Zweifrontenlage gerät, da der Rückversicherungsvertrag mit dem Zarenreich nicht verlängert wurde.

1919, 4. Januar: Der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn (USPD) wird vom Rat der Volksbeauftragten unter Friedrich Ebert entlassen. Das führt am folgenden Tag zu Massendemonstrationen und zum Beginn des Spartakusaufstands.

1939, 1. Januar: Im Deutschen Reich treten die Bestimmungen der »Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen« vom August 1938 in Kraft. Danach müssen deutsche Juden, die keine Vornamen tragen, die »im deutschen Volk als typisch angesehen« werden, die Vornamen Israel und Sara annehmen. Die Bestimmungen werden mittels einer Verordnung am 24. Januar auch auf Österreich und das sogenannte Sudetenland angewandt.

1949, 4. Januar: Auf dem Gelände des Bochumer Vereins, des drittgrößten Stahlwerks Europas, wehren sich Arbeiter gegen die Demontage von Werkanlagen. Nachdem die britische Militärregierung mehrfach erfolglos versucht hatte, die Demontage durchzuführen, werden einige Arbeiter zwangsverpflichtet. Die Weigerung hält an, sieben Arbeiter werden daraufhin festgenommen und vor ein Militärgericht gestellt. Im Volksmund werden sie fortan die »sieben wackeren Bochumer« genannt.

1989, 1. Januar: Die Journalisten Stephen Engelberg und Michael Gordon decken in der *New York Times* einen Giftgasskandal auf. Die westdeutsche Imhausen-Chemie lieferte im April 1980 eine Fabrik zur Herstellung chemischer Waffen ins libysche Rabta. Die Bundesregierung bestreitet die Vorwürfe zunächst, doch weitere Enthüllungen über die Anlage und der Druck der US-Regierung führen im Oktober 1991 zur Anklage gegen drei Imhausen-Mitarbeiter wegen illegaler Lieferungen nach Libyen.

1994, 1. Januar: Die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) im mexikanischen Bundesstaat Chiapas erklärt anlässlich des Inkrafttretens des nordamerikanischen Freihandelsvertrages der Regierung den Krieg und kündigt an, bis Mexiko-Stadt zu marschieren. Zu einer landesweiten Erhebung kommt es, anders als erhofft, nicht. Die EZLN baut in der Folge im Osten von Chiapas autonome Strukturen auf.

<https://www.jungewelt.de/artikel/346260.anno-1-woche.html>